



„ALLES WIRD TEURER – WIR AUCH!“

ARBEITSKÄMPFE IM HANDEL NEHMEN FAHRT AUF

„Ohne uns, kein Geschäft“, so klang es am Mittwoch in der Innenstadt von Hannover und auf dem Marktplatz in Bremen. Rund 600 Beschäftigte, die unter anderem bei H&M, bei Edeka, bei Zara, bei Galeria Kaufhof oder auch bei Douglas arbeiten, waren auf die Straße gegangen, um ihren Forderungen in der laufenden Tarifrunde öffentlich Nachdruck zu verleihen. Denn: Die erste Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im Einzelhandel in Niedersachsen und Bremen ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Aus ver.di-Sicht legten die Arbeitgeber in den Gesprächen ein Angebot vor, das einer Reallohnsenkung für die Betroffenen gleichkommen würde.

Der Vorschlag der Arbeitgeberseite sieht vor, die Entgelte um lediglich drei Prozent zum Abschlussmonat zu erhöhen. Weiter ist eine Erhöhung um zwei Prozent zum 1. Mai 2024 geplant, sowie eine anrechenbare Inflationsausgleichprämie von insgesamt 1.000 Euro - verteilt auf zwei Jahre. Die vorgeschlagene Inflationsausgleichprämie hält Sabine Gatz, die für ver.di die

Verhandlungen führt, für einen schlechten Scherz: „Diese Prämie ist eine Einmalzahlung, die weder dazu beiträgt, dass die Entgelte mit den Preisen mithalten, noch sich positiv auf die spätere Rente der Beschäftigten auswirkt. Zudem soll sie mit bereits geleisteten Zahlungen aus dem Winter verrechenbar werden. Wir fordern ein rentenfestes Mindeststundenentgelt von 13,50 Euro pro Stunde.“

Um eine Rente über Grundsicherungsniveau zu beziehen, brauchen Beschäftigte, nach Angaben der Gewerkschaftssekretärin, 45 Berufsjahre mit einem monatlichen Entgelt von mindestens 2.179 Euro. Erst mit dem rentenfesten Mindesteinkommen könne ein solches Entgelt erreicht werden. Zu den ver.di-Forderungen nach einer gemeinsamen Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge (AVE) verweigerten die Arbeitgeber bislang die Verhandlungen. Die Gespräche im Einzelhandel werden am 06. Juni 2023 fortgesetzt.

ver.di fordert 2,50 Euro mehr Gehalt und Lohn pro Stunde. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 250 Euro angehoben werden.



Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft die gemeinsame Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und ein rentenfestes Mindestentgelt von 13,50 Euro pro Stunde. In der Branche sind rund 330.000 Beschäftigte in Niedersachsen und rund 28.000 Beschäftigte in Bremen tätig. „Ich erwarte, dass die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde ein verbessertes Angebot vorlegen“, sagt Sabine Gatz. Sollte das nicht passieren, werde man die Arbeitskämpfe verschärfen. „Wir stellen uns bereits jetzt auf härtere Auseinandersetzungen ein“, sagt die ver.di-Verhandlungsführerin.

Ähnlich verhärtet sind die Fronten bei den Verhandlungen im Groß- und Außenhandel in Niedersachsen und im Genossenschaftlichen Großhandel in Bremen. Dort gehen die Gespräche am 7. Juni in die zweite Runde. Ver.di fordert für die Betroffenen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 13 Prozent, mindestens aber um 400 Euro. Zudem sollen die Ausbildungsvergütungen um 250 Euro pro Monat steigen. Die Laufzeit der Tarifverträge soll 12 Monate betragen.

KOHLE FÜR KÖPFCHEN

VER.DI ÜBERGIBT RESOLUTION ZUR ERWACHSENENBILDUNG AN MINISTER FALKO MOHRS

Erwachsenenbildung und Hochschulische Bildung: beides sind gewichtige Themen, die, für sich genommen, bereits für ein einstündiges Treffen mit dem niedersächsischen Wissenschaftsminister Falko Mohrs gereicht hätten. Bei einem Treffen im Ministerium Anfang dieser Woche nutzten ver.di-Landesleiterin Andrea Wemheuer, Ulrike Schilling und Frank Ahrens aus dem Landesfachbereich C, die Gelegenheit, beide Punkte zu besprechen und erneut die wichtigsten [Forderungen der Gewerkschaft für diese Zukunftsthemen](#) zu unterstreichen.

Die Erwachsenenbildung in Niedersachsen hat in den vergangenen Jahrzehnten real etwa 40 Prozent ihrer Finanzhilfe durch Preissteigerungen bei gleichbleibender Zuschusshöhe eingebüßt. Vom Land erwartet ver.di deshalb jetzt eine deutliche Steigerung der finanziellen Förderung der Volkshochschulen, der Heimvolkshochschulen und der Landeseinrichtungen. Eine

Verdopplung der Finanzhilfe würde die Bedeutung der Branche, die Weiterbildungsangebote in so wichtigen Bereichen wie Sprachförderung, Grundbildung, Demokratiebildung, kulturelle und politische Bildung regelmäßig anbietet, verdeutlichen. Die Landesregierung hat es im Koalitionsvertrag formuliert: Gute Arbeit in der Erwachsenenbildung kommt nicht von ungefähr, sondern durch mehr Förderung. Eine wirksame Tarifreuegung, die auch refinanziert werden muss, ermöglicht es, gute Tarifverträge abzuschließen. Am Ende des Gesprächs übergab die ver.di-Delegation Minister Mohrs eine Resolution für eine Verdopplung der Finanzhilfe und eine wirksame Tarifreuegung.

Sie wird von zahlreichen Belegschaften aus allen Teilbranchen der niedersächsischen Erwachsenenbildung unterstützt. Der ver.di-Landesbezirk plant, in der zweiten Jahreshälfte, diese Forderungen

und ihre Umsetzung in einem größeren Kreis von Beschäftigten auf einer Veranstaltung mit dem Minister zu diskutieren.

Auch zur Situation an den Hochschulen in Niedersachsen hat die ver.di-Delegation beim Minister-Besuch ihre Standpunkte verdeutlicht. Die Beschäftigten der Einrichtungen brauchen unbedingt verlässliche und gute Arbeitsbedingungen. Die Befristungsquote bei den Wissenschaftler*innen und bei den Beschäftigten aus Technik und Verwaltung ist viel zu hoch. Daran muss sich etwas ändern. Erst wenn der Rahmen für die Entwicklung der Hochschulen für die nächsten vier Jahre steht, dann könne man auch sehen, wie sich die Arbeitsbedingungen verbessern lassen, so der Minister. Auch hier hängt also alles von einer ausreichenden Finanzierung ab: mehr Entfristungen, bessere Perspektiven für Wissenschaftler*innen an Hochschulen, Investitionen in Gebäude und Infrastruktur. Was sich strukturell für die Hochschulen und ihre Beschäftigten ändern kann, wird im nächsten Jahr bei der Diskussion um das niedersächsische Hochschulgesetz verhandelt. Man darf also gespannt sein.



GEWERKSCHAFTSARBEIT IN ZEITEN VON KRISE, KLIMA UND INFLATION

Besuch bei der 5. Streikkonferenz in Bochum

„Gemeinsam in die Offensive“ lautet die Überschrift zur 5. Konferenz Gewerkschaftliche Erneuerung am Wochenende vom 12.-14. Mai in Bochum, zu der ver.di und andere Gewerkschaften gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung eingeladen hatten. 1550 Menschen folgten der Einladung der Veranstalter*innen in die Ruhr Universität, um über Gewerkschaftsarbeit in Zeiten von Krise, Klima und Inflation zu diskutieren. Darunter waren auch Aktive des Landesvertrauensleuteausschusses und des LBV Präsidiums des Landesbezirks Niedersachsen Bremen. Sie blickten gespannt auf den Austausch über den eigenen Tellerrand hinweg und hofften auf Hinweise für ihre eigene Arbeit.



Bei den zahlreichen Seminaren, Vorträgen und AGs kristallisierte sich schnell ein zentraler Dreh- und Angelpunkt des Treffens heraus, der in verschiedenen Formen diskutiert wurde: **Beteiligungsorientierung schafft Beteiligung.** Zudem gab es spannende Inputs zur Nutzung und Kombination der uns zur Verfügung stehenden Instrumente. Dazu gehören neben dem klassischen gewerkschaftlichen Druckaufbau durch Beteiligung auch Mittel des Arbeitsrechts, der betrieblichen Mitbestimmung, der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, sowie der gemeinsamen Arbeit mit Bündnispartner*innen, insbesondere auch mit Blick auf möglicherweise durch die aktuellen Krisen härter werdende Verteilungskämpfe.

Viele gute und spannende Vorträge hatten leider zur Folge, dass wenig Zeit für Austausch war. Für uns ist aber klar, dass die Diskussion um Beteiligung, Kommunikation und die richtigen gemeinsamen Themen im Betrieb, Gremium und Landesvertrauensleuteausschuss unseres Landesbezirks weitergehen werden

